

Jahresbericht 2009

Klybeckstrasse 95
4057 Basel
Arbeitslosentelefon 061 691 24 36
www.viavia.ch/kontaktstelle

Gastbeitrag

**Kommentar der
Wirtschaftswissenschaftlerin**



Kommentar von lic.rer.pol. Mascha Madörin
Feministische Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik

Noch nie haben Regierungen so viel für die Rettung des Finanzsystems aufgewendet wie in der jetzigen Finanzkrise: Billionen von Dollars (eine Billion: 1'000'000'000'000). Ebenso wurden riesige Finanzvermögen vernichtet. Trotzdem sind die Geldmengen, denen kein „realer Wert“ gegenüber steht, noch immer vergleichsweise grösser als dies VOR der grossen Finanzkrise der 1930er Jahre der Fall war. Eigentlich weiss niemand, wie diese Situation einzuschätzen ist. Es ist unabsehbar, ob es nun wirklich wieder aufwärts geht.

Ich selbst gehöre zu den SkeptikerInnen. Ich erwarte, dass wir es in den nächsten Jahren mit einer schleichenden Wirtschaftskrise zu tun haben werden, oder sogar mit einer weiteren Finanzkrise. Was aber klar ist: In den westlichen Industrieländern hat die Arbeitslosigkeit enorm zugenommen, ebenso die Staatsverschuldung.

Vielschichtige Auswirkungen

Eine Depression konnte bis jetzt verhindert werden, aber die Krise trifft einige Länder, Regionen, Wirtschaftsbranchen und Bevölkerungsgruppen hart, sehr hart sogar. Aber sie trifft nicht alle gleich:

Die *Schweiz* steht bis jetzt im Vergleich zu europäischen Ländern, den USA und Japan trotz UBS insofern gut da, als die Schweiz vor der Krise eine niedrige Arbeitslosenrate gehabt hat, eine geringe Staatsverschuldung und generell immer noch sehr reich ist.

Innerhalb der Schweiz ist bis jetzt *Basel-Stadt* wegen der Dominanz der Pharmaindustrie vergleichsweise glimpflich davon gekommen. Von Januar 2009 bis Januar 2010 hat die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in Basel um knapp 30% zugenommen. Das ist nicht wenig. Aber in Glarus, Schaffhausen und Neuenburg lag die Zunahme bei über 65%, in Solothurn, Uri, St. Gallen, Thurgau und im Jura bei 50%.

Personen, die neu ins Berufsleben einsteigen, haben immer in Wirtschaftskrisen grosse Schwierigkeiten, Stellen zu finden. Dies betrifft vor allem junge Leute. Bei den 15- bis 30-Jährigen hat in der Schweiz nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Langzeitarbeitslosigkeit am meisten zugenommen. Ebenso sind Personen ausländischer Nationalität überproportional von der Krise betroffen. Und wie immer wurden zuerst temporäre und flexible Arbeitsplätze abgebaut. Das sind Muster, die sich jedesmal wiederholen. Was aber neu ist: Ein bedeutend höherer Anteil an qualifizierten als an unqualifizierten Arbeitskräften ist diesmal arbeitslos geworden. Ohne Kurzarbeitregelung wäre diese Tendenz noch markanter.

Generell muss zwischen kurzfristigen Auswirkungen durch Zunahme der Arbeitslosigkeit und mittel- und langfristigen Auswirkungen unterschieden werden. Die Konsequenzen der Verschlechterung der Einkommenssituation von Haushalten und von Sparmassnahmen des Staates werden meistens erst später sichtbar.

Wirtschaftskrisen verschärfen immer strukturelle Probleme der Wirtschaft. So hat in Europa seit den 1970er Jahren die Sockelarbeitslosigkeit jedesmal nach einer Krise zugenommen.

Krisen sind zudem eine von der Wirtschaft gern genutzte Gelegenheit, Arbeitskosten zu senken: Die ArbeitnehmerInnen sind erpressbarer und können leichter gezwungen werden, schlechte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Zwei Zukunftsfragen

Mit der Globalisierung sind wirtschaftliche Entwicklungen sehr unberechenbar geworden, Auswirkungen von Krisen sind teilweise verheerend und können irgendwen treffen. Alle sind sich einig, dass in Europa die Krise weitaus schlimmer wäre, wenn der Sozialstaat nicht gut ausgebaut wäre. Es gibt nichts anderes, als die sozialen Sicherheitsnetze weiter auszubauen, um schlimme soziale Auswirkungen globaler Entwicklungen aufzufangen. Obwohl die Schweiz in jeder Hinsicht wirtschaftlich sehr stark globalisiert ist, wird die Sozialstaatsdebatte gegenwärtig nicht unter dieser Voraussetzung geführt.

Die zweite Zukunftsfrage lautet: Wie kommen wir dazu, dass in Zukunft diejenigen Arbeitsplätze geschaffen und Leistungen erbracht werden, die wir wirklich brauchen? Unser Bedarf an Kaffeemaschinen, Kleidern, Schuhen, Essen und Fernsehen ist weitgehend gedeckt. Dinge haben wir mehr als genug, aber es fehlt an allen Ecken und Enden Personal in Bereichen wie Pflege, Kinderbetreuung und nicht zuletzt für ein Bildungssystem, das dem Chancengleichheitsauftrag wirklich gerecht werden kann.

Kurzum: Wir brauchen höhere Steuern, mehr öffentliche Ausgaben fürs Gesundheits- und Bildungswesen. Wir brauchen auch besser ausgebaute, vielleicht auch andere Systeme der sozialen Sicherheit. Gegenwärtig laufen die politischen Tendenzen genau in die entgegengesetzte Richtung: Man will sparen und Steuern senken.

Mascha Madörin, lic.rer.pol., geb. 1946, lebt in der Region Basel und ist eine der profiliertesten feministischen Ökonominen im deutschen Sprachraum. Mit zahlreichen Veröffentlichungen und als Mitgründerin der Zeitschrift «Olympe. Feministische Hefte zur Politik» ist sie massgeblich daran beteiligt, dass traditionell weibliche Wirtschaftsbereiche wie die (unbezahlte) Familienarbeit vermehrt in die gesamtwirtschaftlichen Überlegungen einbezogen werden, und dass öffentliche Haushalte Instrumente zur Verfügung haben, ihre Ausgaben auf geschlechtergerechte Verteilung hin zu überprüfen. Neben der Grundlagenarbeit zur «Care Economie» (Tätigkeiten, bei denen Menschen für andere sorgen oder für die alltägliche Versorgung anderer Menschen zuständig sind) hat Mascha Madörin einen weiteren fachlichen Schwerpunkt in der globalen Entwicklung des Finanzsystems und den Beziehungen des Finanzplatzes Schweiz zu Entwicklungsländern.